



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter/in: Herr Morbe

Wiesbaden, 16.09.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses f. Wirtschaft, Beschäftig., Digitalis., Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 21. September 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird dringend empfohlen, einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.07.2021
2. 20-V-02-8006 DL 50/20-4, 47/20-3
ANLAGE
Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2020 für die Landeshauptstadt Wiesbaden
- Beschluss Nr. 0045 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und
Gesundheit vom 06.07.2021 -

3. 21-F-67-0014

Verlängerte Öffnungszeiten und ein zusätzlicher Weinmarkt für den Wochenmarkt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BWL/ULW/BIG vom 15.09.2021 -

Nach der Corona-Pandemie gilt es die Wiesbadener Innenstadt nach Kräften wiederzubeleben und langfristig zu stärken, um die Folgen für Gastronomie und Handel schnellstmöglich auffangen zu können. Wenn man von der Steigerung von Attraktivität und Sogwirkung der Wiesbadener Innenstadt spricht, kommt man am beliebten städtischen Wochenmarkt nicht vorbei. Durch die zwar notwendigen Hygieneauflagen und Maßnahmen, hat der Wochenmarkt allerdings vor allem durch die Abstandsregelungen der einzelnen Stände an Flair und Aufenthaltsqualität eingebüßt. Das ist deswegen bedauerlich, da hier vor allem regionale Anbieter vertreten sind, die unter den Folgen der Lockdowns besonders zu leiden haben. Es gilt daher, den Wochenmarkt attraktiver werden zu lassen, insbesondere auch für neue Kundenkreise. Dies kann vor allem geschehen durch verlängerte Öffnungszeiten und einen zusätzlichen Weinmarkt mit einem Angebot an regionalen Weinen. Somit könnte auch vielen regionalen Weinbauern geholfen werden, ihre Produkte abzusetzen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, inwieweit die Öffnungszeiten des Wochenmarkts verlängert werden können. Hierbei soll insbesondere geprüft werden, ob eine Verlängerung und Stärkung des gastronomischen Angebotes auf dem Wochenmarkt möglich ist.
2. zu berichten, ab wann der Wochenmarkt für zusätzliche gastronomische Angebote den Verkauf und Vor-Ort-Verzehr nach den Vorschlägen des Masterplans Innenstadt geöffnet werden kann.
3. zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein zusätzlicher Weinmarkt an den Wochenmarkt angebaut werden kann.

4. 21-F-20-0032

Umgang mit der Luca App

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

Die Einführung und Verwendung der Luca App war wegen Sicherheitslücken umstritten. Mittlerweile jedoch scheint sie sich etabliert zu haben, obwohl immer noch Bedenken hierüber bestehen. Es stellt sich nun allerdings die Frage bei den ansteigenden Infektionszahlen, ob die nötige Kontaktpersonennachverfolgung tatsächlich funktioniert.

Zudem kann man aus der Pressemitteilung des Landes Hessen entnehmen, dass bereits an der Einführung einer neuen Schnittstelle namens IRIS gearbeitet wird, die Kontaktübermittlung noch sicherer machen sollen. Und dann kommt Sormas ins Spiel, die Software, mit deren Hilfe die Gesundheitsämter schnell Infektionsherde identifizieren können, weil bspw. Labormeldung seitens des Labors eingepflegt werden und damit ein effizienteres Arbeiten ermöglicht, da das Ergebnis eines PCR - Tests schneller vorliegt.

Welche Software und Schnittstelle zum Einsatz kommt und wo die Luca App eingebunden ist und warum die Corona-Warn-App, die datenschutzrechtlich keinen Anlass zur Sorge gibt, nicht zum Einsatz kommt, gilt es zu klären.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

I Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Software und Schnittstellen stehen dem Gesundheitsamt zur Kontaktpersonennachverfolgung mittlerweile zur Verfügung?
2. Kann das Gesundheitsamt bei der derzeitigen Inzidenz eine Kontaktpersonennachverfolgung gewährleisten?
3. Wie oft wurden Abfragen durch die von der Luca App gesammelten Daten seit Inbetriebnahme getätigt?
 - a. In wie vielen konkreten Infektionsfällen wurden Daten abgefragt?
 - b. Wie viele Kontaktpersonen konnten mit Hilfe dieser Daten ermittelt werden?
 - c. Wie viele davon wurden wegen weiterer Maßnahmen (Quarantäne oder Tests) kontaktiert?
 - d. Welche Art von Lokalisationen (Restaurant, Kino, Behörden) waren wie oft betroffen?
4. Wurde Luca in Sormas integriert?
5. Falls Luca nicht in Sormas integriert wurde/werden kann, welche Lösung zeitnah in Sormas integriert werden kann?
6. Ist eine Anbindung an die vom Land Hessen bereitgestellte Schnittstelle IRIS bereits erfolgt und wenn nein, wann ist eine Anbindung geplant?

II Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, zusätzlich zur Luca App die Corona-Warn-App als Instrument einzusetzen, um Check-Ins bei Veranstaltungen in kommunalen Einrichtungen anzubieten, um eine automatische, anonymisierte Nachverfolgung zu unterstützen, wo dies rechtlich möglich ist.

5. 21-F-20-0031

Industriebeirat für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

Mit ihren vielfältigen Produkten und Innovationen übernehmen die örtlichen Industrieunternehmen eine unersetzliche Funktion als Wohlstandsmotor und sind entscheidende Säulen für Wertschöpfung, Beschäftigung sowie gesellschaftlicher Wandel. Mit einer aktiven Industriepolitik muss sich die Landeshauptstadt Wiesbaden dafür einsetzen, dass der industrielle Kern nachhaltig gestärkt wird und die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Industrie geschaffen wird. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören die klassischen Standortfaktoren, aber auch weitere Faktoren, wie eine Austauschplattform zwischen Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften, Kammern und Hochschulen.

Mit dem Industriennetzwerk/-beirat soll gemeinsam mit zahlreichen Partner*innen der Industriestandort Wiesbaden gestärkt werden. Eine Erfolgsgeschichte schreibt der Beirat Industrie in Frankfurt, dem unter anderem Vertreter von Industrieunternehmen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften angehören. Wir halten dies für den richtigen Weg, um städtische Wirtschaftspolitik im Interesse der Stadtgesellschaft fortzuentwickeln und gute Perspektiven für wirtschaftliche Prosperität und positive Beschäftigungsentwicklung zu schaffen. Nur gemeinsam und vereint können die zukünftigen Herausforderungen gemeistert werden.

Wie Bürgermeister und Wirtschaftsdezernent Dr. Oliver Franz am 14.09.21 ankündigte, wird sich der Wiesbadener Industriebeirat am 06. Oktober offiziell konstituieren.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie weit ist die konzeptionelle Ausgestaltung des Wiesbadener Industrienetzwerkes bislang gediehen?
2. Welche Personen/Unternehmen sind beteiligt?
3. Sofern es zutrifft, dass die Unternehmensvertreter weiterhin eine Beteiligung der Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und der Hochschulen an dem Beirat ablehnen: Welche Bemühungen wurden seitens des zuständigen Dezernenten unternommen, um den Anspruch eines breiteren Netzwerkes gleichwohl zur Geltung zu bringen?

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten,

1. mit Nachdruck den Anspruch eines breit aufgestellten Netzwerkes, das unterschiedliche industrierelevante Akteure wie Gewerkschaften, Kammern und Hochschulen einbezieht, zu verfolgen.
2. mit den bislang beteiligten Unternehmensvertreter den Dialog zu suchen, um sie für diese Idee zu gewinnen und sie von den Vorteilen zu überzeugen.
3. dem Ausschuss über die Ergebnisse dieser Gespräche zeitnah zu berichten.

6. 21-F-67-0013

Fazit der Weinprobierstände an Kranzplatz und Kurhaus-Kolonnaden sowie des Weinsommer der Städtepartnerschaften

- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 15.09.2021 -

Nach der abermaligen Absage des Weinfestes hat der Magistrat in diesem Jahr an drei Wochenenden Weinprobierstände auf dem Kranzplatz und vor den Kurhaus-Kolonnaden organisiert, ebenso wie den „Weinsommer der Partnerstädte“ vor der Marktkirche. Diese wurden dem Augenschein nach gut angenommen. Insbesondere der Kranzplatz, der außerhalb des Kranzplatzfestes nur unzureichend genutzt wird, hat von der Veranstaltung profitiert. Eine Fortsetzung des Angebots - mit einem verringerten finanziellen Engagement der Stadt - ist wünschenswert.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. wie viele Besucher die Weinprobierstände an den Kurhaus-Kolonnaden und auf dem Kranzplatz sowie der „Weinsommer der Partnerstädte“ begrüßen konnten.
2. wie das Feedback der beteiligten Winzer ausgefallen ist.
3. ob angedacht ist, auch in zukünftigen Jahren Kranzplatz und/oder Kurhaus-Kolonnaden für eine Bewirtschaftung durch Weingüter freizugeben.
4. ob bei positiven Auswirkungen auf alle beteiligten Akteure in der Sommersaison die dauerhafte Einrichtung eines Weinprobierstandes vorstellbar wäre.

7. 21-F-55-0035

Legalisierung von Cannabis - Wiesbaden zur Modellstadt machen

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 15.09.2021 -

Seit Jahren gibt es immer wieder Diskussionen und Debatten um das Thema der Legalisierung von Cannabis. Die Drogenbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland, Daniela Ludwig, kann keine mit Fakten belegten Argumente nennen, welche ihre Verweigerungshaltung stützen würden.

Auch eine Umfrage in Apotheken aus dem Jahr 2020 zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung für eine kontrollierte und legale Abgabe von Cannabis ist.¹ Zudem werden die Strafverfolgungsbehörden durch eine Legalisierung entlastet.

Aus diesen Gründen wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

ein Konzept zur Legalisierung von Cannabis im Rahmen eines wissenschaftlich begleiteten Modellprojektes nach §3 (2) BtMG zu entwerfen.

Kriterien für eine solche Modellregelung sollen sein:

- Abgabe an alle volljährigen Einwohner*innen der LHW
- Der Handel mit Cannabis bleibt weiterhin illegal
- Abgabe pro Woche von maximal 10g pro Person
- Es werden Abgabestellen in der Innenstadt eingerichtet
- Anbau, Ernte und Weiterverarbeitung des Cannabis ist durch die Stadt zu kontrollieren
- Anbau (oder Kauf) und Vertrieb werden von der Stadt betrieben
- Das Konzept soll so gestaltet sein, dass Menschen durch den damit verbundenen Besitz von Cannabis keine rechtlichen Nachteile - insbesondere kein Risiko einer strafrechtlichen Verfolgung - entstehen
- Das mit der Abgabe betraute Personal muss geschult sein, um einen umfassenden Verbraucher*innen- und Gesundheitsschutz zu gewährleisten
- Das Projekt sollte wissenschaftlich begleitet werden
- Die LHW sorgt für angemessene Präventions-, Informations- und Hilfsangebote

8. 21-F-15-0007

Sicherheitszustand der städtischen IT-Systeme (verwaltet durch WIVERTIS GmbH - nachfolgend Wivertis)!

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 09.09.2021 -

Mit fortschreitender Digitalisierung, die auch zunehmend den Bereich der städtischen Verwaltung und städtischen Beteiligungsgesellschaften, die kommunale Steuerung von beispielsweise Verkehrsflüssen und die mit dem Internet verbundenen Systeme zu Steuerung von Strom, Wasser und Wärme, sind die entsprechenden IT-Systeme auch immer anfälliger für Angriffe aus und über das Internet (sogenannte Hackerangriffe!).

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1253324/umfrage/apothekenumfrage-zur-legalisierung-von-cannabis/>

Bei städtischen Einrichtungen, wie der städtischen Verwaltung selbst, ihren Beteiligungsgesellschaften, aber auch bei anderen Einrichtungen, wie Krankenhäusern mit städtischer Beteiligung (z.B. HSK), liegen viele schützenswerte persönliche Daten der Bürgerinnen und Bürger von Wiesbaden.

Erfolgreiche Angriffe auf nicht ausreichend geschützte IT-Systeme könnten fatale Folgen für die Stadt Wiesbaden, deren Einwohner und die betroffenen Unternehmen haben.

Der Ausschuss Wirtschaft, Beschäftigung, Digitales und Gesundheit wolle beschließen,

Der Magistrat wolle berichten (ggf. in nichtöffentlicher Sitzung):

1. Für welche IT-Systeme der Landeshauptstadt Wiesbaden und seiner Beteiligungsgesellschaften ist WIVERTIS zuständig?
2. Wer ist ggf. außerdem für IT-System zuständig, die nicht in der Zuständigkeit von WIVERTIS liegen?
3. Haben WIVERTIS und eventuelle andere Dienstleister Maßnahmen getroffen, um die kommunalen IT-Systeme der Landeshauptstadt Wiesbaden und seiner Beteiligungsgesellschaften ausreichend gegen Hackerangriffe zu schützen?
4. Welche Schutzmaßnahmen wurden getroffen, um Datenverlust und/oder -Missbrauch zu verhindern? Gibt es Backup-Systeme?
5. Bedeutet der Ausbau von Homeoffice-Arbeitsplätzen für die Belegschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden und ihren Beteiligungsgesellschaften eine erhöhte Gefahr für die Datensicherheit?
6. Mit welchen Maßnahmen hat bzw. wird der Magistrat auf diese zusätzlichen Herausforderungen reagiert/reagieren?
7. Hat es in der Vergangenheit schon Hackerangriffe auf IT-Systeme der Landeshauptstadt Wiesbaden und seiner Beteiligungsgesellschaften gegeben?
 - a. Wie häufig und wann kam dies bislang vor?
 - b. Welche Schäden (materiell und immateriell) sind dabei entstanden?
 - c. Gab es dabei Lösegeldforderungen und wie wurde darauf reagiert
8. Ist WIVERTIS aktuell personell und finanziell ausreichend ausgestattet, um die beauftragten Leistungen und Sicherheitsstandards zu erbringen?
9. Wenn die personelle und finanzielle Ausstattung unzureichend ist, welche Maßnahmen sind geplant, um den gewünschten Zustand zu erreichen?
10. Gibt es Verträge, in denen Aufgaben, Pflichten und eventuelle Schadenersatzforderungen (final) geklärt sind?
11. Sind in den städtischen Gesellschaften die Mitglieder der Aufsichtsgremien fachlich sensibilisiert und verfügen diese über ausreichende Informationen und Fachkompetenz, um ihrer Kontrollfunktion im Fragen der Datensicherheit gerecht zu werden?

9. 21-F-20-0016

ANLAGE

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -
- Beschluss Nr. 0042 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 06.07.2021 -

10. 21-F-20-0025

Datenlage zur Corona Pandemie

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 14.09.2021 -

Nach Einschätzung des Robert Koch-Instituts vom 20.08.21, hat in Deutschland die vierte Welle der Corona-Pandemie begonnen. Genaue Zahlen zur Datenlage der Pandemie sind oft schwierig zu zuordnen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie war die Zusammensetzung der durch Corona Betroffenen in Wiesbaden bzgl. Impfstatus, Alter, Geschlecht und Todesfällen in den letzten 6 Monaten? Bitte um Unterteilung nach den einzelnen Wiesbadener Krankenhäusern sowie nach Intensivstation und Normalstation.
2. wie stellt sich die aktuelle Impflage in Wiesbaden unter Berücksichtigung der Personengruppen dar, für die eine Impfung empfohlen wird?
3. Inwieweit ist eine Anpassung der regelmäßig veröffentlichten Corona-Statistiken geplant (z. B. Nennung der Anzahl von Krankenhauseinweisungen und der Anteil Geimpfter/Ungeimpfter daran)?

11. 21-F-20-0027

Ransomware-Attacken

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

In den letzten Monaten gab es vermehrt Angriffe auf Computersysteme einzelner Organisationen, die dazu dienten, Lösegeld zu erpressen. Solche Angriffe gab es u.a. gegen den Landkreis Anhalt-Bitterfeld, die Gemeinde Geisenheim im Rheingau, die Uni Gießen, das Klinikum Düsseldorf, das Unternehmen Maersk, usw.

Ein solcher Angriff, sofern erfolgreich, führt zur Verschlüsselung der Daten auf den Computern der jeweiligen Organisation. Nach erfolgter Verschlüsselung der Daten ist ein Arbeiten mit den Daten nicht mehr möglich.

Dies bedeutet, dass die Arbeitsfähigkeit der jeweiligen Organisation stark eingeschränkt wird, möglicherweise sogar völlig unmöglich ist. Die bisherigen Erfahrungen mit der Wiederherstellung der Daten bzw. der Arbeitsmöglichkeit zeigen, daß dies mindestens einige Tage, vielleicht sogar etliche Monate dauern kann.

Ein solcher Angriff kann auch auf die Verwaltung der Stadt Wiesbaden erfolgen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) hat sich der Magistrat auf einen solchen Fall vorbereitet?
- 2) wurde ein solches Szenario einmal durchgespielt?
- 3) wie gedenkt der Magistrat im Fall eines erfolgreichen Angriffs die Arbeitsfähigkeit der Stadt WI wiederherzustellen?
- 4) welche Maßnahmen hat der Magistrat ergriffen, um die Daten der Server zu sichern (backup)?

- 5) welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Daten auf den lokalen PCs zu sichern?
- 6) in welchem Zeitrahmen geschieht dies?
- 7) wie werden die dienstlich genutzten Daten auf Notebooks gesichert und in welchem Umfang geschieht dies?
- 8) welche Maßnahmen wurden ergriffen, um unzulässige Mails zu erkennen, auszufiltern, abzuwehren und evtl. zu löschen?
- 9) werden die Absender solcher Mails von dieser Maßnahme unterrichtet?
- 10) welche Maßnahmen werden ergriffen, um Informationen zu Lücken/Fehlern in den eingesetzten Software Paketen zu erhalten?
- 11) welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Lücken in den Software Paketen zu schließen (Patches einspielen)?
- 12) wieviel Zeit benötigt die Stadtverwaltung, um solche Patches einzuspielen?
- 13) wie bewertet der Magistrat diesen zeitlichen Rahmen?

12. 21-F-20-0033

Einführung einer Alternative zum Videokonferenzsystem Skype for Business

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

Zu Beginn der Pandemie im März 2020 war auch die Stadt Wiesbaden zur Einführung eines Videokonferenzsystems gefordert, um eine digitale Kommunikation zu ermöglichen. Aus unterschiedlichen Gründen fiel die Entscheidung damals auf Skype for Business. In der Anwendung jedoch stellte sich schnell heraus, dass dieses System nur bedingt für „alle“ praktikabel ist, da nur Teilnehmer*innen, die ebenfalls über Skype for Business verfügen, die Videofunktion nutzen können. Sämtliche anderen Teilnehmer*innen wie Mandatsträger*innen sich jedoch nur per Telefon oder sehr umständlich über ein extra zu installierendes Plug-In dazu schalten können. Die Verbindung allerdings ist schlecht und wird immer wieder unterbrochen. Da sich in den letzten eineinhalb Jahren viele Gespräche wie Fachkooperationsgespräche, Ausschussbesprechungen und Informationsveranstaltungen in den digitalen Raum verlagert haben und ein Ende der Pandemie noch nicht absehbar ist, ist es höchste Zeit ein nutzungsfreundliches und praktikables Videokonferenzsystem anzubieten, das allen Teilnehmer*innen ermöglicht auch mit Video an Besprechungen teilzunehmen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Wie ist der Sachstand bezüglich der Einführung eines neuen Videokonferenzsystems, das allen Teilnehmer*innen erlaubt per Video an Besprechungen teilzunehmen und so den jetzigen Missstand zu beenden?
- 2) Welche Alternativen zu „Skype for Business“ auf datenschutzrechtliche Probleme geprüft werden und ob dabei auch die Open-Source-Lösung BigBlueButton des Medienzentrums berücksichtigt wird?

13. 21-F-20-0034

Kostenloses ÖPNV-Ticket für den Advent

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

Der Einzelhandel und Gastronomie in Wiesbaden brauchen jede Unterstützung, um trotz der Corona-Pandemie ein gutes Weihnachtsgeschäft zu erzielen. Eine kostenlose ÖPNV-Nutzung ist geeignet, zusätzliche Kundinnen und Kunden in die Innenstadt zu bringen und den Weihnachtseinkauf etwa auf dem Kinderweihnachtsmarkt oder an einem Glühweinstand ausklingen zu lassen.

Der Erfolg einer solchen Aktion hängt sehr vom Komfort der Busnutzung ab. Daher ist an diesen Tagen das Busangebot bedarfsgerecht anzupassen. Die genaue Umsetzung ist abschließend mit ESWE-Verkehr zu klären.

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sofern es die Pandemielage zulässt, im Rahmen des Restart City-Programms ESWE-Verkehr zu beauftragen, an bis zu zwei Adventssamstagen im Jahr 2021 ein kostenloses ÖPNV-Angebot zu schaffen. Dies soll im Tarifgebiet Wiesbaden einschließlich AKK gelten.
2. an diesen Tagen nach Bedarf Verstärkungsfahrten einzuplanen, um zu erwartende Fahrgastzuwächse gut bewältigen zu können.
3. die Finanzierung aus dem Restart City-Budget bzw. den Corona-Budget sicherzustellen, das Dezernat II für die Wiederbelebung von Einzelhandel und Gastronomie zur Verfügung gestellt wurde.

14. 21-F-20-0035

Bericht zum Mietzuschuss für Gründerinnen und Gründer

- Berichts Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

der Magistrat wird gebeten zu berichten,

wie sich die erwähnte positive Annahme des Mietzuschusses (beruhend auf dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0483, SV 19-V-02-8007) im Einzelnen darstellt:

- 1) Wie viele Gründerinnen und Gründer haben den Zuschuss bislang in Anspruch genommen und wie viele Bewerbungen liegen vor?
- 2) Welche Branchen sind vertreten?

- 3) Welche Rechtsformen haben die Start-ups und - sofern bekannt - wie viele Personen sind beteiligt (Geschäftspartner/-partnerinnen, Beschäftigte)?
- 4) In welchen Stadtteilen befinden sich die angemieteten Räume?
- 5) In welchen Höhen wurde der Mietzuschuss bislang vergeben?

15. 21-F-20-0036

Zusätzliche Außengastronomie-Flächen weiterhin ermöglichen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -

Die Gastro-Branche, die wesentlich zum urbanen Flair dieser Stadt und einem florierenden Einzelhandel beiträgt, hat während der Corona-Pandemie besonders gelitten.

Um die gastronomische Vielfalt auch in den Krisenzeiten zu erhalten und zu stärken, hat die Stadt die Genehmigung zusätzlicher Flächen für Außengastronomie (u. a. Parklets) erleichtert und auf Sondernutzungsgebühren für diese Flächen verzichtet.

Diese Möglichkeit wurde vielfältig genutzt und ist bei den Gästen auf ein ausgesprochen positives Echo gestoßen. Sie ist allerdings bislang bis Ende 2021 befristet.

Die anstehenden Monate werden ebenfalls von der Corona-Pandemie und damit von Kontaktbeschränkungen und Abstandsregelungen geprägt sein. Die Erfahrungen der Betriebe zeigen zudem, dass viele Gäste weiterhin Innenräume meiden und die Möglichkeit, draußen zu sitzen, auch bei kühleren Temperaturen nutzen.

Die Gastronominnen und Gastronomen, die zum Teil erhebliche Summen in die erweiterten Außenflächen investiert haben, brauchen jetzt Planungssicherheit.

Der Ausschuss möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie die Möglichkeit einer unbürokratischen Genehmigung von zusätzlichen Außengastronomieflächen bislang angenommen wurde, welche Kosten damit verbunden waren und welche Nutzungskonflikte ggf. aufgetreten sind.
2. alle bislang gewährten und 2021 erfolgreich beantragten Sondergenehmigungen für zusätzliche Außengastronomieflächen formlos und gebührenfrei bis Ende 2022 zu verlängern.
3. zu prüfen, inwieweit die provisorischen Flächen zu ordentlichen Außengastronomie-Flächen im Sinne der Sondernutzungssatzung umgewandelt und so verstetigt werden können.
4. auch weiterhin eine unbürokratische Genehmigung von Popup-Gastronomie zu ermöglichen.

16. 21-F-60-0002

ANLAGE

Sondernutzungsgebühren für den Wiesbadener Einzelhandel gerecht und einfach gestalten

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt vom 11.05.2021-
- Beschluss Nr. 0031 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 06.07.2021 -

17. 21-F-67-0015

Facebook-Auftritte von öffentlichen Stellen der Stadt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BWL/ULW/BIG vom 15.09.2021 -

Am 16. Juni 2021 ging ein Rundschreiben² des Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Prof. Ulrich Kelber, an alle Bundesministerien und oberste Bundesbehörden. In diesem Rundschreiben ging es um die Facebook-Auftritte von öffentlichen Stellen des Bundes. Der Datenschutzbeauftragte nimmt hierbei Stellung zu einem bereits am 19. Mai 2019 versendeten Rundschreiben, in dem er darauf hingewiesen hatte, dass ein datenschutzkonformer Betrieb einer Facebook-Fanpage gegenwärtig nicht möglich sei. Dahingehend erachte er es als erforderlich, dass sämtliche öffentliche Stellen, die eine Fanpage betreiben, eine Vereinbarung mit Facebook schließen, die den Anforderungen von Art. 26 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) entsprechen. Weiterhin stellt Prof. Kelber fest, dass Facebook zu keinen Änderungen an seiner Datenverarbeitung bereit sei, weshalb er die Schließung aller Fanpages bis Ende des Jahres empfiehlt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten

1. welche Relevanz hat das Schreiben des Datenschutzbeauftragten und den daraus resultierenden Konsequenzen für öffentliche Stellen des Bundes, für die Facebook-Auftritte der Stadt,
2. welche Bedeutung dies für die Social-Media Strategie der Stadt hätte,
3. welche weiteren Internetauftritte in Sozialen Medien (insb. LinkedIn, Instagram) ebenfalls betroffen sein könnten,
4. welche Maßnahmen der Magistrat ergreift, um den Social-Media-Auftritt der Dezernate, Ämter und Eigenbetriebe auch für die Zukunft zu sichern und DSGVO-konform zu gestalten.
5. ob es zum Thema Datenschutz Gespräche mit Facebook gibt.

18. 21-F-67-0016

²<https://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/DokumenteBfDI/Rundschreiben/Allgemein/2021/Facebook-Auftritte-Bund.html>

Jugendarbeitslosigkeit in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BWL/ULW/BIG vom 15.09.2021 -

Nicht nur, aber vor allem bedingt durch das Pandemiegeschehen, ist die Arbeitslosenquote in Wiesbaden wie in vielen deutschen Kommunen höher, als in den Vorjahren. Zwar konnte die Quote in Wiesbaden durch die zunehmenden Lockerungen bereits im Sommer auf 6,3% sinken, trotzdem ist die Landeshauptstadt von einer nachhaltigen Belebung weit entfernt. Im direkten Vergleich mit anderen Städten im Rhein Main Gebiet, wie beispielsweise Frankfurt am Main, steht Wiesbaden bezogen auf die Arbeitslosenzahlen deutlich schlechter dar, und dies nicht erst seit der Corona-Krise.

Besonders betroffen sind nach wie vor Jugendliche, nicht nur, aber speziell auch mit mittlerem Bildungsabschluss. Im Zusammenhang mit der Jugendarbeitslosigkeit ist festzustellen, dass mit 740 unbesetzten Stellen tatsächlich eine signifikante Zahl an Ausbildungsplätzen trotz der Gesamtsituation auch in diesem Jahr unbesetzt geblieben ist.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. aus welchen Gründen die Beschäftigungssituation in Wiesbaden im direkten Vergleich mit Städten wie Frankfurt oder Darmstadt so wenig zufriedenstellend ist, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit betreffend,
2. inwieweit die Entwicklung der Arbeitslosigkeit mit einer Entwicklung des Sozialmitteleinsatzes im Zusammenhang steht, d.h. ob ein finanzieller Mehreinsatz über die vergangenen 10 Jahre überhaupt einen positiven Effekt auf die (Jugend-)Arbeitslosigkeit gehabt hat
3. woran es liegt, dass zahlreiche Ausbildungsstellen trotz der prekären Arbeitsmarktsituation in der Landeshauptstadt auch in diesem Jahr unbesetzt geblieben sind und was das zuständige Dezernat gedenkt hiergegen zu unternehmen. Die konkreten Maßnahmen sind den Stadtverordneten zeitnah vorzulegen, ebenso wie die Evaluation der bisher vorgenommenen Maßnahmen.
4. warum nicht die Möglichkeit genutzt wurde und wird, sich an den Maßnahmenpaketen anderer hessischer Kommunen zu orientieren, die ihre Arbeitslosenzahlen im Allgemeinen und die der Jugendarbeitslosigkeit im Besonderen positiv beeinflussen konnten.
5. inwieweit die Landeshauptstadt Wiesbaden einen konkreten Austausch mit erfolgreichen Kommunen initiieren und die Evaluation deren Programme für eigene Zwecke nutzen kann.

19. 21-F-67-0017

Langfristige Öffnung vermehrter Außenflächen für die Gastronomie

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BWL/ULW/BIG vom 15.09.2021 -

Nach der Corona-Pandemie gilt es die Wiesbadener Innenstadt nach Kräften wiederzubeleben. Besonders Handel und Gastronomie leiden unter den Folgen der Lockdowns, weswegen der Wiederaufbau und die nachhaltige Stärkung der Gastronomie einhergehend mit mehr Publikumsverkehr in der Gastronomie als übergeordnetes Ziel zu bezeichnen sind.

Aufgrund der anhaltenden Auflagen und Hygienemaßnahmen ist sie nach wie vor angehalten, sich im Besonderen auf ihre Außenbereiche zu konzentrieren, da hier weniger unkomplizierter

konsumiert werden kann. So ist der gastronomische Verzehr in Innenräumen von Restaurants, Bars und Cafés nach wie vor abhängig von der Vorlage eines 3G Nachweises. Daher scheint es sinnvoll und zielführend, vermehrt Außenflächen für gastronomische Angebote freizugeben. Dies wird umso wichtiger, da durch den Abstand von 1,5 Metern außen bereits viel Bewirtungsfläche wegfällt. Durch das Abstandhalten konnten viele Gastronomen 2020 und 2021 im Unterschied zum Normalbetrieb teilweise nur die Hälfte an Gästen empfangen.

Da die Folgen der Pandemie bzw. der Lockdowns noch lange spürbar sein werden empfiehlt es sich, bei der Freigabe zusätzlicher Außenflächen in größeren Zeiträumen zu denken.

Daher soll die Freigabe der gastronomischen Außenflächen langfristig angelegt sein, wobei diese Freigabe nicht gleichzeitig mit finanziellen oder bürokratischen Vorgaben verkompliziert werden darf.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob eine dauerhafte Freigabe zusätzlicher Außenflächen für gastronomische Angebote ermöglicht werden kann.
2. Bei positiver Prüfung wird der Magistrat gebeten dem Ausschuss einen Vorschlag zur dauerhaften Ausweitung der Außenflächen für gastronomische Angebote vorzuschlagen. Ziel soll hierbei eine weitgehende Kostenneutralität für die Gastronomen sein.
3. Bei dem Vorschlag ist insbesondere auf die räumliche und ästhetische Ausgestaltung der Außenbereiche zu achten.
4. Aufgrund der weitreichenden finanziellen Auswirkungen des Beschluss 0219 der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2021 zur Aussetzung der Gebührenerhebung hatte der Magistrat angekündigt, nach der Sommerpause eine angepasste Regelung für Warenauslagen vorzulegen. Wann ist mit einem entsprechenden Regelungsvorschlag zu rechnen?

20. 21-F-72-0002

ANLAGE

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 30.06.2021 -
- Beschluss Nr. 0043 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 06.07.2021 -

21. 21-V-15-0001

DL 33/21-12

Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und Ausbau der Digitalisierungsplattform civento

22. 21-A-83-0001

Aktueller Sachstandsbericht zum Coronavirus/COVID-19

23. 21-A-83-0002

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

24. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **18-F-21-0001** **ANLAGE**

Hausärztliche Versorgung in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 17.01.2018 -
- Bericht des Dezernates II vom 24.06.2021 -

2. **19-F-29-0006** **ANLAGE**

Digitale Bürgersprechstunde

- Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2019 -
- Bericht des Dezernates I vom 07.07.2021 -

3. **20-F-02-0021** **ANLAGE**

Kostenlos mit Bus und Bahn an den Adventssamstagen in Wiesbaden!

- Antrag der CDU Fraktion vom 02.11.2020 -
- Bericht des Dezernates V vom 06.09.2021 -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 21.09.2021 -

4. **20-F-21-0044** **ANLAGE**

Akademisierung der Hebammenausbildung

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 27.10.2020 -
- Bericht des Dezernates II vom 24.06.2021 -

5. **21-F-20-0005** **ANLAGE**

Ausfall der Schuleingangsuntersuchungen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 05.05.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 21.06.2021 -

6. **21-F-20-0007** **DL 30/21-2**

- Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD zum TOP 7, TO I (Konzept Innenstadt neu denken) der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2021 -

7. 21-F-20-0014 ANLAGE

Zukunft des Standortes der European-Business-School in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -
- Bericht des Dezernates I vom 31.08.2021

8. 21-F-20-0015 ANLAGE

Förderprogramm für die Wiesbadener Innenstadt

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 19.08.2021 -

9. 21-F-20-0017 ANLAGE

Ärztlicher Stellenabbau Helios Konzern

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 30.06.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 11.08.2021 -

10. 21-F-20-0018 ANLAGE

Sachstand zur Beschlussumsetzung Nr. 0008 vom 24.02.2021 (Überprüfung Konsortialvertrag HSK) Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Familie und Kinder (SGI)

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 30.06.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 31.08.2021 -

11. 21-F-20-0019 ANLAGE

Aufrechterhaltung des teilstationären Angebotes der DKD im Sinne der Patientinnen und Patienten und Sicherstellung des Gesundheitsstandortes Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 30.06.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 31.08.2021 -

12. 21-F-20-0020 ANLAGE

Innenstadt- Gipfel und „Stadtretter“

- Ergänzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 05.07.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 19.08.2021 -

13. 21-F-22-0001 **DL 33/21-1**

Konzept Innenstadt neu denken

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 11.05.2021 -

14. 21-V-02-8014 **DL 31/21-1**

Nutzung des Luisenplatzes in der Vorweihnachtszeit zur Wiederbelebung der Innenstadt nach der Corona-Krise

15. 21-V-02-8016 **DL 33/21-6**

Fortführung Kofinanzierung QuABB - Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule - bis 2023

16. 21-V-02-8017 **DL 33/21-7**

Fortführung Projekt Lernwerkstatt

17. 21-V-20-0039 **DL 33/21-16**

Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 03.08.2021

18. 21-V-36-0021 **DL 33/21-19**

Umwelt- und klimafreundlich feiern

19. 21-V-53-0010 **DL 34/21-7**

Sicherstellung der Impfangebote vor Ort durch den ÖGD

1. 21-V-02-8015

DL 33/21-1 NÖ

Kreativ- und Innovationszentrum - Altes Gericht - Anschubfinanzierung

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls
Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung
vorgesehen werden.

Rottloff
Vorsitzender